

Rede auf dem Forum Marke anlässlich der

**Jahrestagung des Markenverbandes am 27. September 2012
„Orientierung Marke: Krisenfest und Sicher!“**

Grußwort von Dr. Philipp Rösler, Bundesminister für Wirtschaft und Technologie

Sehr geehrter Herr Falke, sehr geehrter Herr Prof. Biedenkopf, sehr geehrter Herr Dr. Weidmann, meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete des Europäischen Parlamentes des Deutschen Bundestages der Bürgerschaften, der Landtage, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Zunächst einmal vielen Dank für die Einladung hier zu Ihrer Jahrestagung und auch vielen Dank für die Einladung hier in das Haus der Kulturen. Es ist ja erbaut worden im Jahre 1957 mit dem Ziel, ein klares Zeichen zu setzen für die Freiheit. Es ist eigentlich auch, allein vom Zeitablauf her schon, ein Kind des Wirtschaftswunders. Und Teil des Wirtschaftswunders, ich glaube das würde niemand bestreiten, jedenfalls nicht in diesem Raum, oder Grundlage des Wirtschaftswunders ist natürlich die Soziale Marktwirtschaft gewesen. Ich glaube im Übrigen auch: Heute noch ist die Soziale Marktwirtschaft die Grundlage für unser Wachstum und für unseren Wohlstand. Leider muss man immer wieder darauf hinweisen, weil zunehmend die Erkenntnis, dass die Soziale Marktwirtschaft unseren Wohlstand garantiert, verschwindet und man eher noch bereit ist, auf andere Strukturen zu setzen bis hin zu planwirtschaftlichen Elementen. Und ich sage das deswegen, weil wir gerade die Grundprinzipien der Sozialen Marktwirtschaft in der heutigen Zeit stärker brauchen denn je. Ordnungsprinzipien wie ein funktionierendes Preissystem, Stabilität des Geldes, die Bedeutung von Privateigentum, der Zusammenhang von Handel und Haftung, auch das Thema offene Märkte – auch für den Markenverband von immenser Bedeutung –, Vertragsfreiheit oder aber Konstanz im Sinne von Verlässlichkeit von Politik, im Sinne von Verlässlichkeit von Rahmenbedingungen. Und anders als im letzten Jahr, als ich schon einmal zu Gast sein durfte, ist uns allen klar: die wirtschaftliche Entwicklung in den nächsten Monaten wird schwieriger werden. Die guten Zahlen die wir in den letzten beiden Jahren hatten, werden wir nicht so ohne Weiteres fortsetzen können. Das liegt an den Entwicklungen auf den Weltmärkten. Unsere Absatzmärkte China, USA haben gewisse Schwierigkeiten, eine Dämpfung auch des dortigen Wachstums. Und natürlich haben wir Schwierigkeiten, das wissen Sie alle, innerhalb der Eurozone und das hat natürlich Auswirkungen auf eine Volkswirtschaft, die auch sehr stark vom Export abhängig ist – so wie unsere. Etwa 60 Prozent unseres Exportes gehen in die EU, etwa 40 Prozent in die Eurozone.



MARKENVERBAND

Und natürlich verunsichert die aktuelle Diskussion über eine Krise innerhalb der Eurozone die gesamte Exportwirtschaft und damit die gesamte Wirtschaft in Deutschland. Sie können es feststellen: Auflösung von Lagerbeständen, Frachtraten, das alles geht runter, aber nicht nur die Frühindikatoren, sondern auch viele Umfragen belegen genau dieses. Also ist es doch eigentlich ganz klar, was kann man machen für die nächsten Monate? Worin besteht die Herausforderung? Ich sage Ihnen: natürlich Stärkung der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit, gerade in Hinblick auf der wirtschaftlichen Seite innerhalb Europas. Wir müssen also beides tun, die Eurozone stabilisieren und unsere eigene Wettbewerbsfähigkeit in Deutschland verbessern. Zur Stabilisierung der Eurozone, da könnte man ja schon ganze Grußworte alleine mit verbringen, nur so viel: Wir alle wissen, die Schwierigkeiten fingen an, als man mit der Schaffung einer gemeinsamen Währung nicht ausreichend akzeptiert hat, das es trotz einer gemeinsamen Währung nach wie vor dramatische Unterschiede in der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit gibt zwischen den einzelnen Mitgliedsstaaten innerhalb der Eurozone. Und anstatt darauf zu achten und vor allem diese Wettbewerbsfähigkeitsunterschiede auszugleichen, indem die Schwächeren versuchen stärker zu werden, hat man gegen das erste Grundgesetz auch der sozialen Marktwirtschaft verstoßen, nämlich ein funktionierendes Preissignal nicht mehr akzeptiert, sondern die gemeinsame Währung hat dazu geführt, das die einzelnen Eurozonenstaaten zu viel, zu einfach zu billiges Geld bekommen haben, mit der Schwierigkeit das der Weg in eine Schuldenunion quasi vorgezeichnet war. Und unsere Generation, egal ob Wirtschaft oder Politik, hat jetzt die gemeinsame Aufgabe, aus dieser Schwierigkeit wieder herauszukommen. Also bedeutet es, den ersten Weg zu gehen, Schluss zu machen mit Verschuldung. Genau das haben wir vor, das ist Teil des Fiskalpaktes, Schuldenbremse in jede Verfassung weit über die reinen Eurozonenmitgliedstaaten hinaus, immerhin für 25 von 27 EU-Mitgliedsstaaten. Und gleichzeitig eben das nachzuholen, was über zehn Jahre versäumt wurde, nämlich Stärkung der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit, auch das ist Teil des Fiskalpaktes, nämlich die Vorgaben im Rahmen der notwendigen Reformen auf dem Arbeitsmarkt, bei der Privatisierung, bei den sozialen Sicherungssystemen und auch bei der Verwaltung. Dieses System Fiskalpakt mit den Stabilisierungsmaßnahmen EFSF und ESM ist der richtige Weg aus der Schwierigkeit heraus, in der sich die Eurozone momentan noch befindet. Die Reformen sind vorgegeben, keine Verschuldung und gleichzeitig haben wir durch die Stabilisierungs-, die Rettungsschirme die Möglichkeit, auch Zeit zu bekommen, um auch solche Reformen umzusetzen und wirken zu lassen. Damit hat dieses System Fiskalpakt mit Rettungsschirm den Fehler ausgeglichen, den die Politik gemacht hat in Europa Ende 2003, als sich nämlich Jacques Chirac und Gerhard Schröder zusammengefunden haben und gesagt haben, ach weißt du was, wir können beide nicht mehr die Maastricht Kriterien einhalten. Anstatt sich ein bisschen mehr



MARKENVERBAND

anzustrengen hat man gesagt, dann ändern wir doch die Spielregeln. Und damit fing das Unglück eigentlich erst an. Diesen Fehler haben wir jetzt korrigiert auf europäischer Ebene. Damit dieses Modell aber Erfolg hat, muss man jetzt alles dafür tun, das man diesen Fehler nicht ein zweites Mal begeht. Also wenn die Maastricht Kriterien gut waren, sie leider aufgeweicht wurden, wir jetzt neue Regeln haben, zum Beispiel einen Fiskalpakt - dann darf man den Fehler nicht wiederholen und diesen Fiskalpakt wiederum aufweichen, sondern jetzt kommt es im Interesse der Glaubwürdigkeit innerhalb der Eurozone darauf an, das man diese aufgestellten Regeln auch gemeinsam einhält. Das heißt also, wenn wir demnächst auch Berichte der TROIKA zu erwarten haben, dann werden wir ja sehen, ob sich jeder auch an dieses Regelwerk gehalten hat, also die vereinbarten Reformen auch umgesetzt hat. Ich plädiere sehr dafür. Wenn man die Regeln nicht eingehalten hat, dann muss das Konsequenzen haben. Es muss auch hier das Prinzip gelten, keine Leistung ohne Gegenleistung. Wenn man hier einen Regelverstoß zulässt, bedeutet das am Ende, dass man wiederum gerade dieses neue Stabilitätskriterium Fiskalpakt aufgeweicht hat, und man würde den Fehler, wie damals bei den Maastrichtkriterien nochmals wiederholen. Und dann kann man sich eigentlich, hätte man sich die letzten 2 1/2 Jahre eigentlich innerhalb der Eurozone sparen können, weil dann das neue System Fiskalpakt genau den Stellenwert hat wie die Maastrichtkriterien, dann nämlich keinen mehr. Und das Vertrauen, die Glaubwürdigkeit unserer gemeinsamen Währung würde weiter sinken. Und ebenso darf man nicht einen anderen Ausweg gehen. Ich beglückwünsche Sie, Ihren Verband, dass Sie Herrn Dr. Weidmann heute hier zu Gast haben. Ich glaube nicht nur, dass es der richtige Weg ist, diesen Weg zu gehen, den der Fiskalpakt vorschreibt. Ich glaube weiterhin, es gibt keine schnelle Alternative dazu. Es gibt keinen Ausweg, bei dem man sich vielleicht die eine oder andere Form sparen könnte, bei dem man sich vielleicht auch das einzelne Sparpaket sparen könnte. Und jeder, der glaubt, man könne dann eine Europäische Zentralbank dazu nutzen, der nutzt sie nicht, sondern er missbraucht sie. Damals hat man den Euro eingeführt mit drei klaren Versprechen. Das Erste, der Euro wird so stabil sein wie die DM, das ist bisher jetzt auch so eingehalten, wenn man sich die Inflationswerte ansieht. Zweitens, die Europäische Zentralbank wird so unabhängig sein wie unsere bekannte Bundesbank. Und Drittens, man wird niemals Schulden anderer Staaten vergemeinschaften. Ich finde an diesen drei Kriterien muss man sich messen lassen, wenn man die Glaubwürdigkeit auch im Inland behalten will, dass wir eine starke, eine stabile Währung innerhalb der Eurozone dann selber haben. Und ich will das hier ausdrücklich festhalten. Herr Weidmann hat die volle Unterstützung, mindestens des Teils der schwarz-gelben Regierung, der jetzt hier mit dem Parteivorsitzenden der FDP vertreten ist, wenn es darum geht für diese Stabilität zu kämpfen. Die Aufgabe der Europäischen Zentralbank, die einzige Aufgabe der Europäischen Zentralbank ist Erhalt der Geldwertstabilität und alles andere gefährdet die



MARKENVERBAND

Geldwertstabilität. Und Sie alle wissen, gerade als Markenverband, was für einen Verlust es bedeutet, wenn man an Wert verliert durch Inflation. Und ich sehe es mit großer Skepsis, wenn auf der einen Seite gesagt wird, wir wollen zusätzlich jetzt ein Anleihen-Ankaufprogramm starten und sei es auch nur für Programmländer, und man gleichzeitig auf der anderen Seite diskutiert, für einzelne Staaten innerhalb der Eurozone womöglich zu einem Schuldenschnitt zu kommen im Rahmen der EZB. Was wäre das für ein fatales Signal aus der Eurozone hinaus in die Welt? Sie kaufen auf der einen Seite Anleihen von einzelnen Staaten und sagen gleichzeitig, na ja also vielleicht werden wir da gelegentlich auch einen Schuldenschnitt machen. Sie wären dann genau da, wo sie niemals hin dürfen, nämlich bei einer Übernahme von Staatsschulden durch die Europäische Zentralbank. Das wäre das Gegenteil von dem, was eigentlich ihre Aufgabe ist, es würde zu instabilen Verhältnissen führen. Und es ist die Aufgabe der Europäischen Zentralbank für Geldwertstabilität zu sorgen. Und deswegen, sehr geehrter Herr Dr. Weidmann, haben Sie die ausdrückliche Unterstützung, ich meine: der gesamten Bundesregierung, verdient, wenn es darum geht für die Kernaufgabe der Europäischen Zentralbank zu kämpfen. Ich jedenfalls werde alles dafür tun, dass Sie dieser Aufgabe auch vernünftig gerecht werden können. Und umgekehrt bedeutet das eben nicht nur, die Eurozone weiter zu stabilisieren auf dem Weg den ich beschrieben habe, sondern auch im Inland alles dafür zu tun, dass wir selber auch unsere Wettbewerbsfähigkeit halten oder vielleicht sogar noch verbessern. Und da ist das erste und vielleicht das wichtigste Thema und auch hoch aktuell, das Thema Haushaltskonsolidierung. Wir können doch schlechterdings nicht von europäischen Nachbarn, Partnern und Freunden fordern, bringt eure Haushalte in Ordnung, auch wenn die Menschen vor eurer Haustür demonstrieren, wenn wir selber nicht mit gutem Beispiel vorangehen. Man erwartet immer eine Führungsrolle von Deutschland, und Führen heißt: Führen durch Vorbild. Wenn wir also von anderen solide Haushalte verlangen, dann wird es auch unsere Aufgabe sein, weiter für solide Haushalte zu kämpfen und das ist die aktuelle Diskussion, die wir gerade führen. Solide Haushalte heißt, sich Ausgaben, neue Leistungen wo möglich zu sparen und sie haushalterisch zumindest mal zu diskutieren. Auch das hat etwas mit Glaubwürdigkeit innerhalb der Eurozone, aber auch mit Stärkung der eigenen Wettbewerbsfähigkeit zu tun, denn angesichts der Rekordsteuereinnahmen, sage ich mal nett, da wir es ja selber in der Hand haben, muss ich vorsichtig sein, ist es schade, dass wir noch eine vergleichsweise hohe Nettokreditaufnahme auch in dem nächsten Bundeshaushalt haben. Und deswegen muss das Ziel Haushaltskonsolidierung gerade für eine starke Volkswirtschaft wie Deutschland genauso gelten wie für andere Staaten innerhalb Eurozone.

Aber nichtsdestotrotz werden wir neben der Haushaltskonsolidierung weitere Aufgaben haben. Und eigentlich ist das Konzept ganz einfach. All das was der Wettbewerbsfähigkeit schadet,



MARKENVERBAND

sollte man tunlichst lassen. Und all das was der Wettbewerbsfähigkeit nützt, muss man umsetzen. Aus meiner Sicht schaden würde ein flächendeckender einheitlicher gesetzlicher Mindestlohn, eine Vorgabe von Quotenfrauen, Quoten- was auch immer und auch eine Zuschussrente. Deswegen sind das Positionen, die wir ablehnen. Auf der anderen Seite müssen Sie all das tun, was die Wettbewerbsfähigkeit verbessert, zum Beispiel für die Bezahlbarkeit von Energie kämpfen, deswegen habe ich mir erlaubt ein entsprechendes Modell vorzulegen. Ich hatte an anderer Stelle schon mal darauf hingewiesen, dass ich vor kurzem ja in Vietnam gewesen bin und habe dann etwas über deren marktwirtschaftliche Vorstellungen gelernt. Und die nennen ihre Marktwirtschaft nicht soziale Marktwirtschaft, würde jetzt auch überraschen, sondern die nennen ihre Marktwirtschaft „Marktwirtschaft mit sozialistischer Ausrichtung“. Und das erinnert mich immer so ein bisschen, in manchen Teilen, an die Energiepolitik und deswegen ist es hier das Ziel, wenn man für Bezahlbarkeit von Energie kämpft, aus diesem Teil sozialistische Ausrichtung herauszukommen und auch zum Beispiel erneuerbare Energie - den Hauptkostentreiber - in ein marktwirtschaftliches System zu überführen. Wir wollen den Ausbau der erneuerbaren Energie, aber er muss auch bezahlbar sein, also muss er wirtschaftlich sein. Und da finde ich ist ein marktwirtschaftliches System allemal besser als ein planwirtschaftliches System, auch gerade in Erinnerung an die Geschichte, die Mauer war gar nicht weit weg von hier. Dass Planwirtschaft kein Erfolgsmodell ist, das haben wir eigentlich ja spätestens 1989 alle bewiesen bekommen. Und Sie wissen, wir kämpfen genauso für offene Märkte, gegen Protektionismus und wir haben auch eine gemeinsame großartige Veranstaltung gehabt, Markenverband, Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie zum Thema Marken und Anerkennung von Marken, Achtung von Marken im Ausland. Ich habe mir übrigens erlaubt in Vietnam bei meiner Rede zur Marktwirtschaft auch darauf hinzuweisen, auf den Zusammenhang von Vertragstreue, Anerkennung und Markenschutz. Und damit will ich einen Punkt ansprechen, der Sie zu Recht bewegt. Zur sozialen Marktwirtschaft gehört immer auch der Verbraucherschutz. Das war schon eine Position von Ludwig Erhard, deswegen auch die Stiftung Warentest. Aber das, was wir jetzt vermeintlich unter dem Label Verbraucherschutz auf europäischer Ebene erleben, hat aus meiner Sicht nichts mit Verbraucherschutz zu tun. Wenn man darüber diskutiert, und ich finde schon schlimm das man überhaupt darüber diskutiert, einheitliche Verpackung auf europäischer Ebene vorzugeben. Dann nützt das nicht Verbraucherinnen und Verbraucher, sondern es schadet, denn die Marken, das muss ich Ihnen nicht erzählen, stehen für Verlässlichkeit, für Markterfolge über Jahre, Jahrzehnte oder sogar noch länger, für Unterscheidbarkeit für Verbraucherinnen und Verbraucher. Und zur Marke gehört auch Ihre Freiheit, Ihre Verpackung so zu gestalten wie Sie wollen, möglichst schwarz-gelb, aber wenn nicht dann eben auch nicht. So ist das in einem freien Land, in einer sozialen Marktwirtschaft. Und wer Ihnen diese Freiheit nimmt und meint



MARKENVERBAND

vorgeben zu müssen, weil die Menschen nicht in der Lage sind Produkte zu unterscheiden, und Ihnen deswegen nicht diese Freiheit zugesteht, zu einer Verpackung zu kommen, der tut nicht nur Ihnen ein Tort an, nicht nur den Marken, nicht nur dem Markenverband, sondern vor allem den Verbraucherinnen und Verbraucher. Weil die Unterscheidungsmöglichkeit ist überhaupt nicht mehr gegeben und das ist dann purer Sozialismus: Nicht alle gleich gut zu behandeln, sondern alle gleich schlecht. Es ist das Gegenteil von Verbraucherschutz und deswegen ist eine solche Einheitspackung mit mir nicht zu machen - aus einem ganz einfachen Grund, es gibt keinen Einheitsmenschen, deswegen gibt es keine Einheitsprodukte. Und deswegen darf es auch keine Einheitspackung geben. Und das wird auch weiter den Weg der Zusammenarbeit zwischen dem Markenverband und meinem Ministerium beschreiben. Wir werden ja noch über das Thema Markenrecht diskutieren. Auch am heutigen Tag wird mein Parlamentarischer Staatssekretär Hans-Joachim Otto gemeinsam mit Ihnen genau das Thema aufgreifen. Ich will Ihnen nicht zu viel versprechen, Politiker neigen sonst dazu, weil es nicht in meine Ressortzuständigkeitsbereich fällt, sondern in den Bereich meiner Kollegin Justizministerin. Ich glaube, dass wir die Bedeutung von Marken nicht nur in Reden erwähnen sollen, sondern wir müssen sie auch europäisch eben durchkämpfen, da haben Sie mein Wort. Aber wir müssen eben auch gucken, was können wir auf nationaler Ebene selber tun, neben der internationalen Frage, die wir, glaube ich, gut auch gemeinsam schon diskutiert und in Teilen ja auch entschieden haben. Insofern bedanke ich mich bei Ihnen für die Einladung, für die Ausrichtung hier an diesem, wenn Sie so wollen, historischen Ort und freue mich auf die weitere gute Zusammenarbeit bei der Stabilisierung der Währung, bei der Stärkung der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit und bei dem Kampf für erkennbare Marken. Das ist auch ein Teil der sozialen Marktwirtschaft, so wie wir sie verstehen und so wie wir auch weiter dafür gemeinsam kämpfen sollten.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.